

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreis mit der täglich unterhaltungsbelegten Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendbeilage einschließlich monatlich 80 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.00. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, U. Tel. 3405. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: St. Jungferstraße 14, Tel. 1765. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der 6gehaltene Zeitschrift mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Interate müssen bis spätestens 7, 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 178.

Dresden, Donnerstag den 4. August 1910.

21. Jahrg.

Schusterle u. Co.

Die Staatserhaltenden sehen mit wachsendem Entsetzen, daß ihnen die Stimmung der Massen für die nächsten Reichstagswahlen Unheil kündigt. Alle Alarmzeichen zum „Sammeln“ werden den Umständen und alle scheinbaren Witten, die bürgerlichen Parteien möchten ihre Streitkräfte begraben und sich in die „Dämme gegen die rasende rote See“ aufzuwerfen, haben nur den Erfolg gehabt, daß die Reichstagswahl in Lauenburg mit 4300 Stimmen Mehrheit den sozialdemokratischen Sieg sicherte.

Da alle Hilferufe an Reichmann, er möchte den Bedrohungen jetzt schon mit einer „Wahlparole“ Erlösung aus allen Nöten bringen, mit philosophischen Schmeißen beantwortet wurden, raffte sich die Post zu dem Wubensstück auf, einem „rechtsstehenden Politiker“ das Wort zu geben, der die Regierung ermunterte, als Heilmittel gegen das drohende Verhängnis einen auswärtigen Konflikt zu provozieren. Das sei der empfehlenswerteste Weg, „die See einzunetzen“ und „die Stimmung des Volkes umzuwandeln.“

Wir haben jenen infamen Artikel, der zur Abwendung der „Gefahr“ im Innern Kriegsspiel und Massenmord will, bereits kurz gestreift. Der „rechtsstehende Politiker“ knüpfte an den Personenwechsel im auswärtigen Amt den Wunsch, daß das königliche Willow-Schoensche Schauspiel Frankfurt gegenüber ein Ende hat und daß der deutsche Michel statt der einzigen Friedenssalbaderlei auch einmal die starke Faust zeigt. Von Alerken-Wächter sollte den Beweis erbringen, daß er die Situation beherrsche. Er könnte dem Reichskanzler keinen besseren Dienst leisten, und er hätte damit die Wahlkampagne glänzend vorbereitet. Für den Fall, daß der „Erbschind“ sich nicht gezeigt zeigt, solchen verbrecherischen Plänen sein Mitwirken zu bieten, können immer noch die liberale Frage oder auch die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Amerika und Japan zur Verfügung. Und bluttranch-kranke ruft der „rechtsstehende Politiker“ aus: „Welch ergiebige Feld der Tätigkeit.“

Mit diesem Artikel beschäftigt sich nun auch das Berliner Tageblatt und legt schonungslos die ganze Infamie solcher laubener Pläne bloß:

„Jedenfalls und irgendeine wird sich ja einmal eine Gelegenheit finden, wo das Deutsche Reich mit den Söldnern raffen, ein Anstich mit einer auswärtigen Macht herauszufinden und die deutsche Volkseele in patriotische Wallungen versetzen kann. Denn wie läßt sich ein Streit vom Jume brechen, um die „starke Faust“ zu zeigen. Für die Post waren solche Spielereien natürlich willkommen. Einmal würden ihre Auftraggeber von der schweren Aufgabe glänzende Beweise machen, indem sie eine Pause in Panzerplatten und Kanonen sich Wahn brechen würde, denn aber hätten auch noch die reaktionären Parteien die Benutzung, das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen gründlich über Ohr zu haufen. Utile cum dulci: man muß das Königliche mit den Angewandten verbinden.“

Offen nennt das B. T. die Pläne des „rechtsstehenden Politikers“ „eine Schusterle“ und Gewissenslosigkeit. Das dürfte nicht aber sei, daß solche Praktiken der Reichsregierung überhaupt zugezogen und zugemutet würden. Gefährlich sei auch ihre Wirkung auf das Ausland. „Man braucht sich nur einmal klar zu machen, daß wirklich eine Frage auftaucht bei der es sich um das Prestige des Deutschen Reiches handelt. Sein Prestige würde glauben, daß die Regierung um die Ehre des Reichs kämpfte. Der rechtsstehende Politiker hat ja verraten, wie es gemacht werden muß. Man zeigt statt der „ewigen Friedenssalbaderlei“ die „starke Faust“. Diese schmutzigen Handlungen schaden der deutschen Regierung mehr, als ihr alle Caposition der äußeren Linsen schaden kann. Man wird immer, wenn sie einmal entschlossen aufrückt, im Ausland die Frage entgegenhalten, ob sie nicht bloß Wahlpolitik treiben und sich eine zugängliche Parole verschaffen wollen.“

Das B. T. hegt die Hoffnung, daß weder Alerken-Wächter noch Reichmann-Hollweg den Schusterleien des rechtsstehenden Politikers genügt seien; eine derartige Verführung liegt ihnen fern. Es genüge aber nicht, die Schusterleien der Post und ihres Hintermannes so kräftig wie möglich von sich abzuschütteln, sondern Reichmann müsse sich, um den Schusterle u. Co. für die Dauer das Handwerk zu legen, entschließen, eine Politik der ernsthaften Reformen zu treiben.

Die letzte Hoffnung wird Reichmann ganz sicherlich bitter enttäuscht. Ob man aber überall geneigt ist, die Postinfamie als eine Verführung von sich abzuschütteln, ist nicht so gewiß.

Den Volksmassen wird wieder einmal anschaulich gezeigt, warum sie ein verbrecherisches Spiel mit ihnen getrieben wird, warum sie sich nicht auftraffen, den Kampf für ihre heiligsten Interessen noch lebhafter und energischer aufzunehmen. Es genügt nicht, mit den gegenwärtigen unheilvollen Verhältnissen unzufrieden zu sein und mehr oder weniger laute Wippen-Einsticht Wahn bricht, daß es höchste Zeit ist, offen und mannhaft in den Reihen der Sozialdemokratie zu kämpfen, sind die Massen verraten und verkauft und wehrlos einer Politik preisgegeben, die nur Unheil herausbeschwört. Es wird im gegenwärtigen Lager viele, vielleicht gar sehr viele verbrecherische Pläne des „rechtsstehenden“ Politikers wenden, die man man Rede und Antwort von ihnen fordert. Aber — sie werden ja und Amen sagen, wenn es gilt, neue Militär- und neue Flottenforderungen zu bewilligen. Sie werden treu-

deutsch verzichten, wenn von ihnen verlangt wird, dem Rüstungswahnsinn entgegenzutreten und gemeinsam mit der Sozialdemokratie an dem Werke zu arbeiten, den Drachen Militarismus zu bekämpfen. Hinter der direkten Ablehnung der Infamie der Schusterle u. Co. steht die indirekte Förderung solcher Institutionen, die blutdürstige Panzerplattenlieferanten zu Lollhausplänen reizen.

Die Post beklagt sich bitter darüber, daß sozialdemokratische Zeitungen die Pläne jenes rechtsstehenden Politikers als Halunkenpolitik gebrandmarkt haben. Sie glaubt sich dadurch rechtfertigen zu können, daß sie den Spieß umkehrt und behauptet, nicht die Post, sondern die Sozialdemokratie treibe Halunkenpolitik. Die Schusterle u. Co., die am Spieß gappeln, beweisen damit nur ihre Dummheit und die armselige Dürftigkeit ihrer Polemik.

Die Schusterle u. Co. kamen jetzt zu rechter Zeit, die zu wecken und aufzurütteln, die immer noch nicht einsehen wollen, daß es ein unabwendbares Gebot der Selbsterhaltung ist, gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu kämpfen und zu siegen!

Der schwarz-blaue Terror.

„Auf dem Lande wird es besonders die Pflicht der Güterbesitzer sein, dahin zu arbeiten, daß niemand, der ihrer Einwirkung zugänglich ist, von den Wahlen zurückbleibe. Daß in gleicher Weise jeder billige und gesetzliche Einfluß auf die Untergangenen und in Geschäfterverbindungen stehenden angewendet werden muß, versteht sich von selbst.“

Konferenzüber Protokoll vom 18. 1. 1910.

„Wenn die durch das agitatorische Auftreten des Panzerlunten erregten und geschädigten Mitglieder des Bundes der Landwirtschaft bei den Wahlen, die diese Dinge mitmachen und dadurch die Ertragsbedingungen der Landwirtschaft untergraben helfen, nichts kaufen, so wird ihnen das kein verbündeter Mensch verzeihen. Das ist eine natürliche und nahe liegende Abwehrmaßregel. Es würde jeder, der seinen ausgedehnten und geschäftlichen Gegner unterliegen und fördern wollte, für einen Karren angesehen werden müssen.“

Deutsche Tageszeitung vom 3. August 1910.

Als einer unserer Genossen im preussischen Landtag die oben wiedergegebene Stelle aus einem Rundschreiben des konservativen Zentralwahlkomitees mitteilte, rief man ihm von der Rechten zu: „Wahlgeldverbrecher!“ Wohl wir schreiben heute neunzehnhundertzehn, aber um wieviel sich die konservativen Parteimänner in diesen neunundvierzig Jahren gebessert haben, erweist man aus den darunter folgenden Sätzen, die das offizielle Organ des Bundes der Landwirtschaft in einem Leitartikel vertritt. Hier wird in der unangenehmsten Weise der Welt den Mitgliedern des Bundes der Landwirtschaft das Recht zugesprochen, ja es wird ihnen zur Pflicht gemacht, den politischen Gegner wirtschaftlich niederzulegen. Ein Karren, wer es anders hält, meint die Deutsche Tageszeitung.

Von Sozialdemokraten ist in der Proklamations des Bundes der Landwirtschaft nicht die Rede. Es begreift sich leicht warum. Daß Sozialdemokraten von bündlerischen Unternehmern auf die Straße geworfen werden, sobald sie ihre Bestimmung zu erkennen geben, daß die „offizielle“ Aufforderungen zum Boykott einströmen, sind, daß die, die ihr Kapital für sozialdemokratische Verfassungen zur Verfügung stellen, mit allen Mitteln nicht nur der Verurteilung sondern auch der behördlichen Sanktion wirtschaftlich erdrückt werden müssen, daß ist ja unter agrarischen Bundesbrüdern etwas so Selbstverständliches, daß es sich gar nicht mehr verdient, davon zu reden. Nur das Verbot, die gegen den agrarischen Staat leben und freihändlerischer Unternehmung verdächtige Landabwender jetzt gleichfalls ohne Scheu auf die Proscriptionsliste gesetzt werden, ist ein neues Moment, auf das die Deutsche Tageszeitung die Aufmerksamkeit ihrer Leser zu lenken bemüht ist.

Die Brutalität, mit der das Organ des Bundes der Landwirtschaft den Krieg aller gegen alle proklamiert, wird noch durch die schamlose Heuchelei übertrieben, mit der das Agrarierblatt leugnet, das es tun, was es in eben demselben Augenblick vor aller Welt wirklich tut. Während es die Bundesmitglieder in schärfster Weise öffentlich dazu auffordert, keine „Karren“ zu sein und bei politischen Gegnern nichts zu kaufen, hat es die Seiten zu veröffentlichen, daß es „offizielle“ Aufforderungen zum Boykott entschieden verurteilt! Dieses erbärmliche Volk hat also nicht einmal den Mut, sich zu seinen eigenen Taten zu bekennen: folg und lächerlich greift es den Gegner nur auf geheime Verabredung hinterläßt an. „Offentlich“ sollen Verurteilungen gegen bestimmte Personen nicht erlassen werden, sondern die Ausführung des vom Bundesorgan veröffentlichten allgemeinen Interdikt soll den landlichen Geheimräten des Bundes überlassen bleiben.

Ob der Bund der Landwirtschaft durch so rücksichtslose Entschlaltung seiner schmutzigen Seele der Sache, für die er kämpft, einen besonderen Dienst geleistet hat, ist fraglich. Zunächst ist es sicher kein Zeichen politischen Gewissens, daß der Bund in dem Augenblick, in dem von der Rechten alles daran gesetzt wird, die Liberalen zu sich herüberzuziehen, einen Kampf bis aufs Messer gegen den Panzerlunten eröffnet, der den Liberalen Geld für ihre Wahlkämpfe liefert. Ein Nationalliberaler bringt ja als richtiger Mann der Mitte mancherlei Wege, aber der Weg für einen „liberalen“ Abgeordneten, der mit den Bundesmitgliedern des Panzerlunten und den Grimmasellen des Bundes der Landwirtschaft gekämpft ist, steht im politischen Wahlsystem einseitig einseitig noch leer. Die Politik der Sammlung, die Herr v. Bethmann-Hollweg treibt, hat im Augenblick keinen gefährlicheren Feind als den boykottwütigen Bund der Landwirtschaft.

Dann aber hat die Deutsche Tageszeitung trotz aller feigen Ableugnungsversuche die Karren des schwarz-blauen Spiels allzu unvorsichtig aufgedeckt. Wenn danken dem Zentrum und Rechte die über zweihundert Wähler, die sie im Reichstag, die mehr als dreihundert, die sie im preussischen Landtag besitzen? Sind der

Nebenzugung ihrer Anhänger? Nein, abgesehen von der Diffe, die ihnen von liberaler Seite geleistet wird, verdanken sie diese Macht im wesentlichen dem despotischen Bestimmungsbuch, den sie in entlegenen Gegenden mit Hilfe von Landräten, Amtsvorsteher, Ausschüssen, Pfarrern und Pastoren auf die unwissende, zu blindem Gehorsam geneigte Bevölkerung auszuüben verstehen. Die Deutsche Tageszeitung plaudert das Geheimnis der schwarz-blauen Regierungskunst aus und liefert dadurch ihren Gegnern unerschöpfliches Material, das sie im Kampfe gegen die lächerliche Niederkunft jener schmutzigen Bestimmungsbücher zu verwenden wissen werden!

Deutsches Reich.

Wassermann-Balsam.

Dem Reichstagsabgeordneten Wassermann ist von den Mitgliedern der nationalliberalen Reichstagsfraktion folgendes Vertrauensvotum zugegangen:

Sie sind in den vergangenen Wochen Gegenstand gegnerischer Angriffe gewesen, die Ihr während vieler Jahre brüderlich politischen Wirken im Dienste der nationalliberalen Partei und Ihre Führung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zum Ziele hatten. Die Vertrauensbindungen aus der Partei heraus werden Ihnen zu erkennen gegeben haben, mit welcher Treue diese zu Ihnen steht.

Uns aber, den Mitgliedern der Reichstagsfraktion, ist es ebenso ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, welche Gefühle der Dankbarkeit wir für Ihre außerordentliche Arbeit empfinden und welche ein Vertrauen wir in Ihre dem Vaterlande und der Partei dienende Führung setzen.

Wir verbinden damit den einstimmigen Wunsch, daß es auch der nationalliberalen Fraktion des künftigen Reichstags verdammt sein möge, unter Ihrer bewährten, die volle Unabhängigkeit der Partei gewährenden Führung in ersten Reihen für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

Dies Vertrauensvotum, das recht spät kommt, hat trotz des „einmütigen Wunsches“ den fatalen Veruch eines ehrenvollen Nachruhs für einen verdienstvollen Toten. Eine Stellungnahme zu dem fürstlichen Antrag nach rechts überläßt die Fraktion des künftigen Reichstags. Das wird für Wassermann Vermutströpfchen im Balsambüchlein bedeuten.

Ueber die Arbeitslosigkeit der kaufmännischen und technischen Angestellten.

bringt das Reichsarbeitsblatt neue Angaben. 22 kaufmännische Vereine berichten über ihre Stellenvermittlung an das Statistische Amt. Bei ihnen waren zu Beginn des 2. Quartals 1910 noch 17 853 Bewerbungen (14 651 männliche, 3202 weibliche) unerledigt geblieben. Dazu kamen im Laufe des Quartals 20 935 neue Bewerbungen (16 235 männliche, 4650 weibliche), so daß im ganzen 38 788 Gesuche vorlagen. Davon konnten nur 7974 — 21 Proz. durch die Vereine erledigt werden. 14 700 — 38 Proz. wurden zurückgezogen und ohne Vermittlung der Vereine erledigt und nicht weniger als 16 114 — 41 Proz. blieben am Quartalschluß unerledigt (13 800 männliche, 2314 weibliche). Von diesen 16 114 waren 5888 (4671 männliche, 1217 weibliche) gänzlich stellenlos. In geübtester Stellung befanden sich 4758 (4188 männliche, 570 weibliche), in ungeübtester 5468 (4941 männliche, 527 weibliche).

Gegen die 38 788 Bewerbungen, die im Laufe des Quartals vorlagen, waren nur 24 041 offene Stellen vorhanden, wovon am Quartalschluß 5631 übrig blieben. Bei den männlichen Handlungsgehilfen kamen auf 100 offene Stellen 198 Bewerber, bei den weiblichen auf 100 offene Stellen 126 Bewerber.

Bei den Technikerverbänden, von denen 6 an das Statistische Amt berichten, lagen im Laufe des Quartals 3442 Bewerbungen vor, denen 2286 offene Stellen entgegenstanden. Nur 560 — 16 Proz. der Bewerber konnten untergebracht werden, 1307 — 38 Proz. der Bewerbungen wurden zurückgezogen oder ohne Vermittlung der Verbände erledigt, 1575 — 46 Proz. blieben am Schluß des Quartals unerledigt. Unter diesen 1575 Bewerbern waren 215 stellenlos, 144 in geübtester Stellung, 411 in ungeübtester Stellung; für den Rest fehlt die Angabe.

Zur Statistik der Stellenlosigkeit für das 2. Quartal 1910 wurden 6 kaufmännische, 2 Bureaubeamten- und 3 technische Verbände mit 329 581 Mitgliedern herangezogen, wovon auf die kaufmännischen Verbände 274 905, auf die Bureaubeamten 5981, auf die Techniker 45 685 Mitglieder entfielen. Hier von waren bei der Stellenvermittlung am Anfang des Quartals 4716, am Schluß 4541 Mitglieder als stellenlos gemeldet.

Die Zustände im Reichsamte des Innern.

Die Bewegung in den vom Reichsamte des Innern reorganisierenden Ämtern hat sich verschiedentlich noch verschärft. Tausende wichtiger Schriftstücke liegen infolge der Verlagerung der Kanzleibeamten, für die schlechten Lebensbedingungen, die man ihnen bot, zu arbeiten, unerledigt da.

Im Patentamt ist die Lage infolge der Verschärfung, als sämtliche Kanzleibeamten sich weigern, Ueberstunden zu machen. Die Verlagerung der Kanzleibeamten darf nicht munternehmen: Früher wurde den Beamten bei Maschinenschrift die Polloseite mit 30 Pf. bewertet, der Bogen von vier Seiten